

**Vereinbarung  
zwischen  
der CDU Mitte und der SPD Mitte  
zur Wahl der Mitglieder des Bezirksamtes und  
zu kommunalpolitischen Schwerpunkten sowie der verbindlichen Zusammenarbeit  
in der IV. Wahlperiode der BVV-Mitte**

Die beteiligten Parteien sichern sich zu, bei den Wahlen zum Bezirksamt gegenseitig zu unterstützen und in der Wahlperiode inhaltlich eng abgestimmt zusammenzuarbeiten. Zu diesem Zweck einigen die beteiligten Parteien sich auf einen Grundkonsens in den nachfolgend genannten Punkten und vereinbaren diese verbindlich.

**A. Wahl der Kandidaten für den Vorstand der BVV und das Bezirksamt**

- Die CDU und SPD bilden eine Zählgemeinschaft zur Wahl des Bezirksbürgermeisters auf Vorschlag der SPD.
- Die Parteien stellen sicher, dass die jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten von ihren beiden Fraktionen in voller Stimmstärke gewählt werden.
- Die CDU und SPD streben eine zügige Bezirksamtsbildung an.
- Die CDU und SPD unterstützen die Wahl des BV-Vorstehers auf Vorschlag der CDU. Die CDU tritt im Gegenzug ihre Position im BVV-Vorstand an die SPD ab.

**B. Bildung des Bezirksamtes**

Die Mitglieder der CDU und SPD im zukünftigen Bezirksamt unterstützen folgenden Vorschlag zur Ressortverteilung:

**1. CDU-Ressort**

**Stadtrat**

- Stadtentwicklungsamt
- Tiefbau und Landschaftsplanungsamt
- Ordnungsamt
- OE Wirtschaftsförderung
- Zentrale Submissions- und Vergabestelle

**2. SPD-Ressorts**

**a) Bezirksbürgermeister**

- Die gesetzlich vorgegebenen Bereiche Rechtsamt und Steuerungsdienst sowie die Beauftragten.
- Gesundheitsamt
- SE Finanzen und Personal
- OE Sozialräumliche Planungskoordination (SPK)
- OE Qualitätsentwicklung, Planung und Koordination (QPK)
- Präventionsrat
- Pressestelle

### **b) Stadträtin/Stadtrat**

- Jugendamt
- Schul- und Sportamt
- Facility Management (inklusive Katastrophen-, Arbeits- und Brandschutz [KAB])

### **3. Weitere Geschäftsverteilung Bezirksamt**

Die übrige Ressortverteilung erfolgt in Abstimmung mit der anderen im Bezirksamt vertretenen Partei auf Vorschlag des Bezirksbürgermeisters.

### **C. Verfahrensregelungen**

- Missbilligungs- und Abwahanträge gegen Stadträte/innen der CDU und SPD werden in der laufenden Wahlperiode nur nach Konsultationen mit den Parteien gestellt bzw. unterstützt.
- Die BA-Mitglieder von CDU und SPD konsultieren sich regelmäßig und zu wesentlichen strittigen Fragen im Bezirksamt.
- Die Mitglieder des Bezirksamtes handeln für ihr Ressort eigenverantwortlich, unbeschadet der Auskunfts- und Informationsrechte des Bezirksbürgermeisters entsprechend der Geschäftsordnung des BA.
- Der OE SPK obliegt ausschließlich koordinierende und steuerungsunterstützende Tätigkeit ohne eigene Budget- bzw. Ressourcenverantwortung und Weisungs- und Entscheidungsbefugnis. Das Ressortprinzip der Geschäftsbereiche bleibt unberührt.
- Die beteiligten Parteien/Fraktionen vereinbaren ein angemessenes und rechtzeitiges Krisenmanagement.
- Es wird eine Konsultationsgruppe bestehend aus Mitgliedern des Bezirksamtes, der Fraktionen und den Parteien der CDU und SPD gebildet, die bei Bedarf und mindestens zweimonatlich tagt, um den regelmäßigen Informationsaustausch und Abstimmungsbedarf zu gewährleisten.

### **D. Politische Schwerpunkte**

#### ***Parkraumbewirtschaftung***

Parkraumbewirtschaftungszonen werden nur da eingeführt, wo es einen nachgewiesenen Nutzen für die Wohnbevölkerung gibt. Eine grundsätzliche Ausweitung, ohne dass in den Bereichen eine Parkplatznot nachweisbar ist, wird nicht angestrebt.

Die beteiligten Parteien setzen sich für eine Steigerung der „Zahlerquote“ bei bestehender Parkraumbewirtschaftung ein und untersuchen dafür geeignete Maßnahmen. Sie unterstützen die Forderung nach der Einführung der sogenannten „Brötchen“-Taste an Parkraumautomaten.

Außerdem soll das Parken für E-Mobile grundsätzlich kostenfrei werden, um einen Anreiz für E-Mobile in der Innenstadt zu bieten.

#### ***Afrikanisches Viertel***

Das Afrikanische Viertel im Wedding hat eine lange Geschichte und Tradition.

Es ist und bleibt unsere Aufgabe, sich mit allen Epochen der deutschen Geschichte auseinanderzusetzen.

Die beteiligten Parteien setzen sich daher dafür ein, dass endlich die seit langem von der BVV einstimmig beschlossene Informationstafel angebracht wird und der Erinnerung und Erläuterung über die deutsche Kolonialgeschichte angemessen Raum gegeben wird.

Die beteiligten Parteien haben unterschiedliche Vorstellungen, ob Straßenumbenennungen sinnvoll sein können. Sie werden allerdings eine Umbenennung von Straßen im Afrikanischen Viertel in der IV. Wahlperiode (2011 – 2016) nicht durchführen.

Die Entwicklung eines Lern- und Gedenkortes Afrikanisches Viertel wird von CDU und SPD aktiv unterstützt.

### ***Grillverbot im Tiergarten***

Der Große Tiergarten ist nicht nur eine geschützte Grünanlage, sondern auch Gartendenkmal und die Grüne Lunge unseres Bezirks. Der Bezirk gibt jedoch wegen des ausnahmsweise erlaubten Grillens im Großen Tiergarten jährlich rund 300.000 Euro allein für die im Zuge des Grillens erforderliche Müllbeseitigung aus. Die beteiligten Parteien wollen, dass der Große Tiergarten als lebenswerte Grünanlage erhalten bleibt und nicht weiterhin der Vermüllung preisgegeben wird.

Außerdem wird die Finanzierung der vermeidbaren Kosten für die Müllbeseitigung, die u.a. zu Lasten von Sozial- und Jugendprojekten oder der Pflege von Grünflächen in anderen Bereichen unseres Bezirks geht, abgelehnt.

Daher vereinbaren die beteiligten Parteien, eine Initiative in die BVV einzubringen und zu verabschieden, die ein Grillverbot im Großen Tiergarten ab dem 01.01.2012 vorsieht.

### ***Integrationspolitik***

Die beteiligten Parteien stehen für eine Integrationspolitik, die Zuwanderer in unserem Bezirk willkommen heißt und ihnen alle Chancen für die gesellschaftliche und berufliche Teilhabe bietet, von ihnen im Gegenzug aber den Erwerb der deutschen Sprache, Leistungsbereitschaft und das Bekenntnis zu unserer auf dem Grundgesetz basierenden freiheitlich demokratischen Grundordnung erwartet.

Unter Integration verstehen die beteiligten Parteien die gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an ökonomischen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Prozessen im Rahmen des derzeit geltenden Rechtes. Besonderes Augenmerk gilt dabei Menschen nichtdeutscher Herkunft.

Die Stärkung integrativer Ansätze ist vor allem eine wichtige Aufgabe der Arbeit aller Fachabteilungen.

CDU und SPD unterstützen die Grundsätze des bezirklichen Integrationsprogrammes des Bezirkes Mitte und werden dies in der IV. Wahlperiode weiterentwickeln.

Die beteiligten Parteien streben die Einrichtung einer Integrationskonferenz für den Bezirk an mit dem Ziel des Abschlusses eines Integrationsbündnisses mit Zuwandererorganisationen wie religiösen Gemeinschaften, Institutionen und Vereinen sowie weiteren Akteuren in diesem Feld. Dazu gehört die umfassende Vernetzung bezirklicher Institutionen wie z.B. Schulen, Jugendamt und Gleichstellungsbeauftragte, um Integrationsdefizite bei Zuwanderern zu erkennen und gemeinsam wirksam Hilfe leisten zu können.

### ***Nutzungspflicht der zentralen Submissions- und Vergabestelle***

Der Bezirk Mitte hat als erster eine zentrale Submissions- und Vergabestelle (zSVSt) etabliert. Ziel ist die konzentrierte und zentralisierte Abwicklung von Ausschreibungsverfahren und Auftragsvergaben (VOB, VOL), auch im Sinne der Korruptionsprävention. Derzeit wird die zSVSt allerdings nicht von allen Abteilungen im Bezirksamt Mitte verpflichtend genutzt. Die beteiligten Parteien vereinbaren daher eine Nutzungspflicht aller Abteilungen und eine damit einhergehende Personalaufstockung der zSVSt (um zunächst eine Stelle). Nach einem Jahr soll die Nutzungsintensität evaluiert und etwaige Personalbedarfe angepasst werden.

### ***Stadtentwicklung***

In Fragen der Stadtentwicklungspolitik – insbesondere bei Bebauungsplänen – verabreden die beteiligten Parteien zwischen den beiden Fraktionen ein Konsultationsverfahren, das eine Abstimmung und gegenseitige Information sicherstellt.

Die beteiligten Parteien wollen die wirtschaftliche Entwicklung des Bezirkes Mitte und die Schaffung von Arbeitsplätzen auch für Bewohnerinnen und Bewohner aus Mitte weiter vorantreiben. Dazu gehört eine gezielte Ansprache von Investoren und eine gezielte Ansiedlungspolitik.

Die Clubkultur als integraler Bestandteil der lokalen Wirtschaft ist zu erhalten und die touristische Entwicklung bezirksverträglich voranzutreiben.

Die Parteien setzen sich für eine moderne Verkehrsinfrastruktur ein, in der ÖPNV, motorisierter Individualverkehr, Fußgänger und Fahrradfahrer Berücksichtigung finden.

### ***Bürgerbeteiligung***

Bürgerinnen und Bürger müssen früher und nachhaltiger als bisher in öffentliche Planungsprozesse einbezogen werden. Maximale Transparenz ist die Grundlage hierfür. Gleichzeitig muss jedoch sichergestellt werden, dass sich Genehmigungsverfahren dadurch nicht verlangsamen. Deshalb sollen alle Planungsschritte von Anfang an für Jedermann öffentlich zugänglich im Internet dokumentiert werden. Die beteiligten Parteien beziehen in ihrer Meinungsbildung das Instrument der direkten Befragung der Bürger mit ein.

### ***Verfassungsfeindliche Organisationen***

Verfassungsfeindliche Organisationen, Vereine, Personen, Einrichtungen u.ä. – wie sie im Verfassungsschutzbericht benannt werden – werden nicht mit staatlichen Geldern unterstützt. Zuwendungsempfänger von bezirklichen Mitteln und/oder Partner in Projekten mit bezirklicher Beteiligung sollen im Zuge des Antragsverfahrens eine schriftliche Erklärung zur Verfassungstreue abgeben. Das bezirkliche Rechtsamt soll dazu einen gesetzeskonformen und praktikablen Verfahrensvorschlag unterbreiten.

### ***Personalpolitik***

In der nächsten Wahlperiode steht die Besetzung mehrerer Amtsleiterpositionen bzw. Positionen des höheren Dienstes an. Die beteiligten Parteien stimmen überein, dass die Besetzung der Positionen von der Zustimmung des jeweiligen Abteilungsleiters abhängig ist (Vetorecht). Das sonst übliche Auswahlverfahren ist davon unabhängig durchzuführen.

Des Weiteren stimmen die beteiligten Parteien darin überein, dass bei den anstehenden Vorgaben zum Personalabbau nicht länger die Streichungen überwiegend bis ausschließlich im Bereich des mittleren und gehobenen Dienstes vorgenommen werden sollen. Eine angemessene Berücksichtigung von Streichungen im höheren Dienst ist unabdingbar. Dazu zählt insbesondere die Prüfung und ggf. Beseitigung von Doppelbesetzungen/-strukturen, die ggf. derzeit existieren bzw. die durch die Bildung neuer Ressortzuschnitte entstehen.

Ebenso soll darauf verzichtet werden, für die aktuellen Träger von Sonderaufgaben ohne Stelle zusätzliche Stellen zu Lasten des restlichen Personalbestandes aufzubauen. Aktuelle Sonder- oder Zusatzaufgaben sind künftig von vorhandenen Stelleninhabern wahrzunehmen. Sind die notwendigen Stellen nicht vorhanden, sind entsprechende personalwirtschaftliche Maßnahmen, inklusive Stellenbereinigung bzw. zeP-Meldung, vorzunehmen.

### ***Stiftungen***

Die beteiligten Parteien stimmen überein, dass die Mittelverwendung von mittel- oder unmittelbaren Stiftungen des Bezirkes einer maximalen Transparenz bedarf. Für die Mittelverwendung / Antragsentscheidung sollen geeignete Gremien etabliert werden (u.a. Stiftungsrat, bestehend z.B. aus Bezirksamtsmitgliedern, BVV-Vorstand und ggf. weitere). Die alleinige Entscheidung über die Mittelverwendung durch den BzBm oder die jeweiligen Stadträte/innen wird ausgeschlossen. Der BVV ist einmal jährlich über die Mittelverwendung aller Stiftungen aus allen Ressorts zu berichten.

### ***Weiteres Verfahren mit der Steuerungsrunde***

Im Bezirk Mitte existiert als einzigem der 12 Berliner Bezirke eine sog. „Steuerungsrunde“. Die Steuerungsrunde, der Zusammenschluss der Amtsleiter als „Spiegel-Organ“ zum BA, wird in einem aktuellen Gutachten des Rechtsamtes als „ohne Rechtsgrundlage“ bewertet. Darüber hinaus steht die Einrichtung einer „Steu-

rundrunde“ dem Grundsatz der dezentralen Fach- und Ressourcenhoeheit sowie die Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns entgegen. Die beteiligten Parteien tragen dem Gutachten des Rechtsamtes Rechnung und leiten entsprechende Maßnahmen ein.

### **Soziale Stadt**

Die beteiligten Parteien verstehen die soziale Stadtentwicklung als Instrument vor allem zur Sicherung und Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in den Kiezen. Die differenzierte Entwicklung der einzelnen Stadtquartiere bedarf einer frühzeitigen und umfassenden Bürgerbeteiligung. Die beteiligten Parteien setzen sich daher für eine weitere Förderung der Quartiersmanagementgebiete, die nachhaltige Sicherung der sozialen Ziele in den Sanierungsgebieten und die Entwicklung einer sozialräumlichen Planungskoordination auf der Basis der Leitgedanken der Rahmenstrategie „Soziale Stadt“ ein.

Zur konzeptionellen Unterstützung der in den Fachressorts zu leistenden inhaltlichen Arbeit wird beim Bezirksbürgermeister die entsprechende OE SPK gebildet. Die Leitung der OE hat die „Beauftragte für soziale Stadt“.

Die beteiligten Parteien sind sich einig, daß die Ziele der Inklusion in allen Fachbereichen berücksichtigt werden.

### **Jugendhilfe**

Die beteiligten Parteien setzen sich für eine vernetzte, an den Adressaten der Jugendhilfe orientierte und die Potentiale des Sozialraumes nutzende Arbeit ein. Besondere Bedeutung messen sie der Kooperation von Jugend-, Kultur- und Bildungseinrichtungen bei.

Im Sinne der politischen Schwerpunktsetzungen sollen die schulbezogene Jugendsozialarbeit und die Elternarbeit nach Möglichkeit ausgebaut werden. Das Niveau der Angebote im Bereich Übergang Schule – Beruf – Ausbildung ist zu stabilisieren.

Im Bereich der Kindertagesbetreuung setzen sich die beteiligten Parteien insbesondere für die Qualitätssicherung und –entwicklung der Angebote ein.

### **Bildung**

Die beteiligten Parteien sind sich darin einig, dass Bildung der entscheidende Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe ist.

Die Bildungspolitik im Bezirk Mitte orientiert sich dabei an den Bedarfen und Potenzialen der Bürgerinnen und Bürger in den Sozialräumen. Es sollen lokale bildungspolitische Strategien entwickelt und diese zu einer gesamtbezirklichen Strategie verbunden werden. Die Vernetzung der Bildungsangebote ist insbesondere durch das Sprachförderzentrum zu unterstützen.

Im besonderen Fokus als lokale Bildungsstätten stehen die Schulen. Das besondere Interesse gilt den bildungsfernen Schülerinnen und Schülern sowie ihren Eltern. Für Schülerinnen und Schüler sind ergänzende Angebote möglichst auszubauen, die sich der Förderung der Sprache, der Bewegung und der kulturellen Bildung widmen.

Die Sanierung der Schulen soll auf dem bisherigen quantitativen Niveau fortgesetzt werden. Der Bezirk Mitte wird die Entwicklung von Sekundarschulen und Gymnasien und damit den Erfolg der Schulstrukturreform weiter forcieren.

### **Umgang mit dem Haushalt**

Die Schwerpunktsetzung materialisiert sich bei der Aufstellung der Haushaltspläne unter Maßgabe der allgemeinen Haushaltsentwicklung.

Die Parteien vereinbaren eine enge Konsultation in Fragen der Haushaltsplanaufstellung und -durchführung. Für Anträge, deren Realisierung zu wesentlichen Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen führen, sind Gegenfinanzierungen zu vereinbaren.

Das Konsolidierungskonzept, das das BA Mitte dem Senat als Leitlinie der Haushaltspolitik der nächsten Jahre unterbreitet hat, wird einschließlich der fachpolitischen Konsequenzen aktiv unterstützt.

Berlin-Mitte, den 14. Oktober 2011

Für die Verhandlungskommission der CDU

Für die Verhandlungskommission der SPD

---

Frank Henkel – Kreisvorsitzender

---

Christian Hanke – Kreisvorsitzender

---

Thorsten Reschke – Fraktionsvorsitzender

---

Hans-Günter Mahr – Fraktionsvorsitzender

Paraphierung

14/10/2011

Dr. Christian Hanke

Für die Verhandlungskommission der SPD

V. Gierke

Christian Hanke

Für die Verhandlungskommission der CDU-Mitte